

## Mehr Ehrenamt und weniger Bürokratie

Staatsrätin und Präsident des Genossenschaftsverbands zu Besuch bei der Bürgersozialgenossenschaft

BIBERACH (sz) - Hohen Besuch haben die Bürgergenossenschaften von „Wir aktiv“ in Biberach kürzlich empfangen. Mit Staatsrätin Gisela Erler, einer gebürtigen Biberacherin, die im Staatsministerium Baden-Württemberg für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung zuständig ist, und dem Präsidenten des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands, Roman Glaser, informierten sich gleich zwei Vertreter aus Politik und Wirtschaft über die Arbeit der Biberacher Sozialgenossenschaft.

Der Besuch aus der Landeshauptstadt gab dem Vorstand der Biberacher Genossenschaft erneut die Gelegenheit, über die Betreuungssituation von benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft zu diskutieren. Die Zahlen der Benachteiligten in unserer Gesellschaft, seien es Alte oder Kranke, Menschen mit Behinderung oder Demenz, aber auch junge Menschen oder Alleinerziehende, die zu kämpfen haben, nehmen spürbar zu. Die Situation sei in Biberach zwar grundsätzlich nicht schlimmer als in anderen ländlich geprägten Regionen des Landes, so die Genossenschaft in einer Pressemitteilung. Sie sei vermutlich sogar ein wenig besser, weil in Biberach und Umgebung ein hohes Potenzial an engagierten Bürgern bereit ist, uneigennützig zu helfen.

Mit der Bürgersozialgenossenschaft verfügt Biberach zudem über ein fest installiertes Büro, das all die anfallende Bürokratie erledigt, damit



Heiko Fehse (l.), Alfred Groner (3. v. l.) und Hubertus Droste (r.) vom Vorstand der Bürgersozialgenossenschaft empfangen Ingrid Engelhart vom DORV-Zentrum Freiburg (v. l.), Staatsrätin Gisela Erler und Roman Glaser, Präsident des Genossenschaftsverbands, in Biberach. FOTO: PRIVAT

sich die Betreuer und Helfer ausschließlich auf ihre sozialen Aufgaben am Menschen konzentrieren können. Die verantwortlichen Vorstände, so ihr Vorsitzender Hubertus Droste, hätten bei Gründung im Jahr 2015 ganz bewusst die Rechtsform der Genossenschaft gewählt, weil diese Unternehmensform rechtlich langfristig angelegt ist und wirtschaftlich stabile Strukturen garantiert, nicht zuletzt durch die regelmäßigen Prüfungen des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands.

Gleichwohl sehen sich die ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten immer mehr Auflagen ausgesetzt. Eine Entwicklung, die auch Staatsrätin Erler mit Sorge erfüllt.

Grundsätzlich sei man sich überall einig, dass unnötige und überflüssige Bürokratie nachhaltig abgebaut werden müsse, nicht zuletzt auch, um dem Bürger wieder mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

### Viele ziehen sich zurück

Gerade das Gegenteil geschieht zurzeit im Bereich der Pflege und Betreuung: Neue Qualifizierungsanforderungen, die seit 2017 greifen, sorgen massiv dafür, dass sich die ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten, die in der Regel vorwiegend aus der Rentnerschaft selbst kommen und viel Lebenserfahrung mitbringen, aus dem sozialen Dienst zurückziehen. Meistens deshalb, weil sie

sich den umfangreichen Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht mehr unterziehen wollen. Andererseits wird aufgrund der demografischen Entwicklung der Pflege- und Betreuungsnotstand in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Die entstehende Lücke kann von professionellen Kräften allein nicht ausgefüllt werden, so die Bürgersozialgenossenschaft.

Sie ist genau in diesem Bereich unterwegs. Noch kann sie die Nachfragen ihrer 250 Mitglieder erfüllen. Sie reichen von der alltäglichen Hilfe im Haushalt einschließlich der notwendigen Besorgungen bis hin zur Gartenpflege im Sommer oder dem Schneeräumen im Winter. Immer mehr Menschen wollen solange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung und ihrer gewohnten Umgebung bleiben und dort versorgt und betreut alt werden. Das Heim ist für viele keine Alternative. Unter den neuen Anforderungen ist es ist völlig offen, wie lange das heute noch ausgewogene Verhältnis von Helfern und Betreuern auf der einen Seite und den Bedürftigen auf der anderen Seite aufrechterhalten werden kann. Staatsrätin Erler will die diskutierten Anregungen mit zur Landesregierung in Stuttgart nehmen.

Weitere Infos zur Bürgersozialgenossenschaft gibt es unter: [www.bsg-bc.de](http://www.bsg-bc.de)